

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Mai 2013 Nr. 154

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Nicht alle haben Zeit,
Krieg zu spielen.



22. September:

JA zur Aufhebung
der Wehrpflicht

GSoA

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Theater um die Beschaffung neuer Kampffjets geht weiter. Noch in der letzten Ausgabe der GSoA-Zeitung gingen wir davon aus, dass wir im Sommer mit dem Sammeln des Referendums beginnen würden. Doch dann folgten zwei eigentliche Paukenschläge. Zuerst stimmte der Ständerat nur hauchdünn für den Gripen-Kauf – verpasste es aber, die Ausgabenbremse zu lösen. Und vor wenigen Wochen entschied dann die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates, die Beratung des Geschäftes auf August zu verschieben – mit 20 zu 3 Stimmen. Eine Klatsche für Ueli Maurer und das VBS.

Der Gripen ist in den vergangenen Wochen noch stärker ins Trudeln geraten. Dennoch wird die Geldverschwendung fürs Militär nur über das Referendum zu stoppen sein. Die GSoA ist die einzige Konstante im Hin und Her um die neuen Kampffjets. Im Gegensatz zum VBS sind wir gut aufgestellt und warten nun halt noch etwas länger auf den Referendumsstart. Mehr zum Thema Kampffjets und Ueli Maurers Jammerstrategie findet man auf Seite 4 dieser Zeitung.

Am 9. Juni wird über die x-te Verschärfung des Asylgesetzes abgestimmt. Die GSoA beteiligte sich bereits an der Unterschriftensammlung des Referendums und ruft nun alle Mitglieder dazu auf, ein Nein in die Urne zu legen. Mehr zur Abstimmungsvorlage und zur Haltung der GSoA gibt es auf Seite 5 zu lesen.

Die Schizophrenie der Schweizer Aussenpolitik zeigt sich daran, dass verkrampft nach Mitteln zur Abwehr von Kriegsflüchtlingsen gesucht wird, während der Bundesrat gleichzeitig munter Waffenexporte in Kriegsgebiete bewilligt. In der öffentlichen Aufregung um den irren Diktator in Nordkorea blieb eine Tatsache von den Medien völlig unbeachtet: Südkorea war in den letzten Jahren regelmässiger Kunde der Schweizer Waffenindustrie – obschon das Land immer im Kriegszustand mit dem nördlichen Nachbarn verblieben war. Unser Bericht auf Seite 6 zeigt auf, wie die Schweizer Waffen in dieses Kriegsgebiet kamen, das heute die Welt in Atem hält.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

VOLLVERSAMMLUNG 2013

Das Jahr der Entmilitarisierung

Die diesjährige Vollversammlung stand ganz im Zeichen der Entmilitarisierung der Schweiz: Mit den zwei grossen Themen «Referendum gegen die Kampffjets» und «Abstimmungskampf zur Aufhebung der Wehrpflicht».

Von Beni Müller

In seiner Rede zur Kampffjetdebatte erklärte Jo Lang, was die GSoA mit dem neuen Luftwaffenkommandanten gemeinsam hat: Beide freuen sich über die Loopings des Gripen. Der Militärmann über richtige Loopings, die GSoA über politische Loopings. Jo Lang betonte in seinen Ausführungen nochmals, dass es richtig war, die Initiative gegen neue Kampffjets zurückzuziehen. Er erläuterte das Chaos um die Kampffjetbeschaffung und wie es voraussichtlich weitergehen wird. Die GSoA-Band untermalte das Hin und Her beim Kampffjetkauf mit einer munteren Adaption eines Mani-Matter-Liedchens.

Wehrpflicht aufheben

Der thematische Schwerpunkt der Vollversammlung lag aber bei der Aufhebung der Wehrpflicht. Seraina Patzen erörterte die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, die von der Wehrpflicht und deren Aufhebung betroffen sind. Daraufhin waren zwei Referate diesem Thema gewidmet. Tarek Naguib vom Zentrum für Sozialrecht der ZHAW sprach über die Ungleichbehandlung der Geschlechter, die von der Wehrpflicht ausgeht und stellte dies in einen verfassungs- und völkerrechtlichen Kontext. Er machte deutlich, dass die Ungleichbehandlung in der juristischen Diskussion für Frauen gleichermassen positiv wie negativ ausgelegt werden kann. Piet Dörfli von zivildienst.ch sprach über die Wichtigkeit eines freiwilligen Zivildiensts und über seine Arbeit mit Armeeingehörigen. Er betonte, dass der Zivildienst mehr als ein Militär-Ersatzdienst ist und mit der Aufhebung der Wehrpflicht der Zivildienst für alle, Männer und Frauen, Schweizer und Ausländer, geöffnet werden kann.

GLOBAL DAY OF ACTION AGAINST MILITARY SPENDING

Armee-Sparsch(w)ein

Am 15. April veröffentlichte das Friedensforschungsinstitut SIPRI die neuesten Zahlen zu den weltweiten Militärausgaben. Zeitgleich fanden in über 40 Ländern Protestaktionen statt. Die GSoA war ebenfalls auf der Strasse präsent und machte mit einer Aktion auf einen gängigen Irrtum aufmerksam.

Von Nikolai Prawdzc

Verfolgt man die Nachrichten, bekommt man schnell den Eindruck, der Schweizer Armee gehe es an den Kragen: Seit Jahren predigt der Verteidigungsminister den Verzicht. Der Grund für den Abbau in diversen Bereichen seien die Kürzungen des Armeebudgets, jammert Maurer. Die Medien spielen mit, der Plan des Verteidigungsministers geht auf. Doch die Realität sieht ganz anders aus. Statt dass die Armee sparen muss, erhält sie Jahr für Jahr weitere Milliarden.

Die GSoA klärt auf

Unter dem Slogan «Schweineerei – Alle müssen sparen für die Armee» zogen GSoA-AktivistInnen am Globalen Aktionstag gegen Rüstungsausgaben durch die Berner Innenstadt zum Generalsekretariat des VBS. Sie machten mit einem grossen Armee-Sparschwein darauf

aufmerksam, dass nicht die Armee das Sparopfer ist, sondern die anderen Departemente, die ihrerseits das Armee-Sparschwein füttern müssen. Während im Jahr 2011 die Armee noch 3,9 Milliarden Franken erhalten hatte, stieg ihr Budget 2012 auf 4,4 Milliarden, 2013 auf 4,5 und 2014 wird es wahrscheinlich auf 5 Milliarden klettern. Die steigenden Armeeausgaben müssen in anderen Bereichen kompensiert werden. So wird das Parlament voraussichtlich ein Sparpaket beschliessen, das zu Einbussen in allen Departementen führen wird.

Weltweite Abnahme der Rüstungsausgaben

Während die Schweiz aufrüstet, sanken 2012 die weltweiten Rüstungsausgaben auf 1'750 Milliarden Franken. Die leichte Abnahme ist nicht Folge eines Umdenkens in der Rüstungspolitik, sondern der weltweiten Wirtschaftskrise. Noch immer betragen die weltweiten Rüstungsausgaben ein Vielfaches dessen, was für humanitäre Projekte ausgegeben wird, nämlich pro Jahr fast 250 Dollar pro Kopf. Mit einem Fünftel dieses Geldes könnten die jährlichen Ausgaben der Uno-Millenniumsziele gedeckt werden. In Anbetracht dessen, dass Millionen Menschen an Hunger leiden, ist dieser Zustand an Perversion kaum zu überbieten.



GSoA-Aktion zum Global Day of Action Against Military Spending vor dem VBS-Generalsekretariat

FITAMIN 2013

Wehr dich gegen die Wehrpflicht!

Wir machen uns fit für die Abstimmung

«Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht». Kommt alle ans Fitamin-Wochenende vom 29./30. Juni in Neueneegg. Von Stefan Dietiker

Am 22. September kommt die GSoA-Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» zur Abstimmung. Weil wir im Gegensatz zu unseren GegnerInnen aus der Armee und den Schützenvereinen nicht über ein Millionenbudget verfügen, sind wir vor allem auf das freiwillige und persönliche Engagement jedes AktivistIn und jeder Aktivistin angewiesen. Am legendären GSoA-Fitamin stimmen wir uns auf den Abstimmungskampf ein und machen uns fit. An den zwei Tagen wird in verschiedenen Workshops über die einzelnen Argumente der Initiative informiert und diskutiert. Zusätzlich werden wir Aktionen und Kampagnen planen. Natürlich bleibt auch Zeit fürs Essen, Trinken und fürs gemütliche Zusammensein.

Kampffjet-Referendum

Am Sonntag werden wir ausserdem noch das Referendum gegen neue Kampffflugzeuge planen. Neben einer argumentativen Auslegung geht es vor allem um die Frage, wie die GSoA möglichst schnell ein Referendum sammelt. Das definitive Programm senden wir euch nach der Anmeldung zu und werden es zur gegebenen Zeit auf unserer Homepage veröffentlichen. Wir laden alle herzlich ein, an diesem GSoA-Wochenende teilzunehmen. Es findet am 29. und 30. Juni 2013 in Neueneegg im Kanton Bern statt. Das Fitamin steht allen Interessierten offen, die sich für die Aufhebung der Wehrpflicht engagieren wollen – ausgenommen sind wie immer Spitzel, beispielsweise von Farner PR, der Gruppe Giardino oder der Armee. Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen. Anmelden könnt ihr euch bis am 10. Juni 2013 per Mail (gsoa@gsoa.ch) oder telefonisch unter der Nummer 044 273 01 00.

JA ZUR AUFHEBUNG DER WEHRPFLICHT!

«Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen»

Mit diesem Slogan führt die GSoA ihre Abstimmungskampagne zur Aufhebung der Wehrpflicht. Das Militär mag für Offiziere ein Spiel sein, in dem sie ihre Leidenschaft für Panzer, Machtgehabe oder Abenteuer ausleben können. Es ist Zeit, die Wehrpflicht aufzuheben, damit niemand mehr gezwungen wird, bei diesem Spiel mitzumachen. Am 22. September haben wir die Chance dazu.

Von Seraina Patzen

Nun steht der Abstimmungstermin fest: Am 22. September 2013 werden wir über die Aufhebung der Wehrpflicht abstimmen. Der Slogan unserer GegnerInnen steht fest: Die Wehrpflichtinitiative sei eine «Unsicherheitsinitiative». Mit unserem Motto «Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen» treten wir dieser Argumentation mit einem Augenzwinkern entgegen, das vielleicht Enttäuschung unter ArmeebefürworterInnen, aber hoffentlich auch viele positive Reaktionen bei unseren Mitgliedern und SympathisantInnen hervorrufen wird.

Wir heben mit unserer Parole hervor, dass die Armee ein Spielzeug für Offiziere und Armee-

freunde ist, das es ihnen erlaubt, Unmengen an Steuergeld zu verprassen und jedes Jahr junge Männer durch ihre «Lebensschule» gehen zu lassen. Und da machen wir nicht mehr mit! Die Wehrpflicht ist weder Lebensschule noch Dienst an der Gesellschaft. Mit der Wehrpflicht wird jedes Jahr jungen Männern ein Stück Zeit genommen, das sie für ihre Kinder, ihre Ausbildung, ihre Firma, den Fussballverein, ihren Schrebergarten oder sogar ihr Engagement in der GSoA brauchen könnten. Stattdessen gehen sie durch eine Schule des Zwang und lernen 260 Tage lang gehorchen, salutieren, warten, robben, schiessen und nochmals warten. Viele stellen sich die Frage, wozu das Ganze gut sein solle.

Befreiung vom Zwang

Eine Unsicherheitsinitiative ist die Abschaffung der Wehrpflicht bestimmt nicht. In Europa haben fast alle Länder die Wehrpflicht aufgehoben – ohne eine solche ideologische Diskussion daraus zu machen, wie die Schweiz das tut. Europa ist seither nicht unsicherer geworden. Im Gegenteil: Je kleiner die Armeen, desto unwahrscheinlicher wird es, dass es in Europa je wieder zu einem Krieg kommt.

Abschaffen wird diese Initiative die Armee nicht und die Schweiz erhielte mit der Aufhebung der Wehrpflicht auch keine Berufsarmee. Das Milizprinzip der Armee ist in Artikel 58 der Bundesverfassung festgehalten. Die Initiative ändert aber nur Artikel 59, in dem die Wehrpflicht festgehalten ist. Genauso wie viele Gemeinden eine freiwillige Feuerwehr haben, hätte die Schweiz danach eine Milizarmee aus Freiwilligen. Leute also, die neben dem Militär hauptberuflich einer anderen Tätigkeit nachgehen.

Die Initiative wird einzig und allein bewirken, dass die Armee massiv verkleinert würde. Für viele Männer würde das eine Befreiung bedeuten, vom Zwang an die Aushebung zu gehen, am Gewehr das Töten zu üben, eine Uniform anzuziehen oder Ersatzabgabe zu zahlen.

Unsicherheit – das war schon immer ein Argument gegen Bestrebungen der Friedensbewegung. Auch die Einführung eines Zivildienstes bekämpfte der Bundesrat vor 30 Jahren mit diesem Argument. Heute erscheint es uns absurd, dass der Zivildienst die Sicherheit des Landes untergraben könnte.

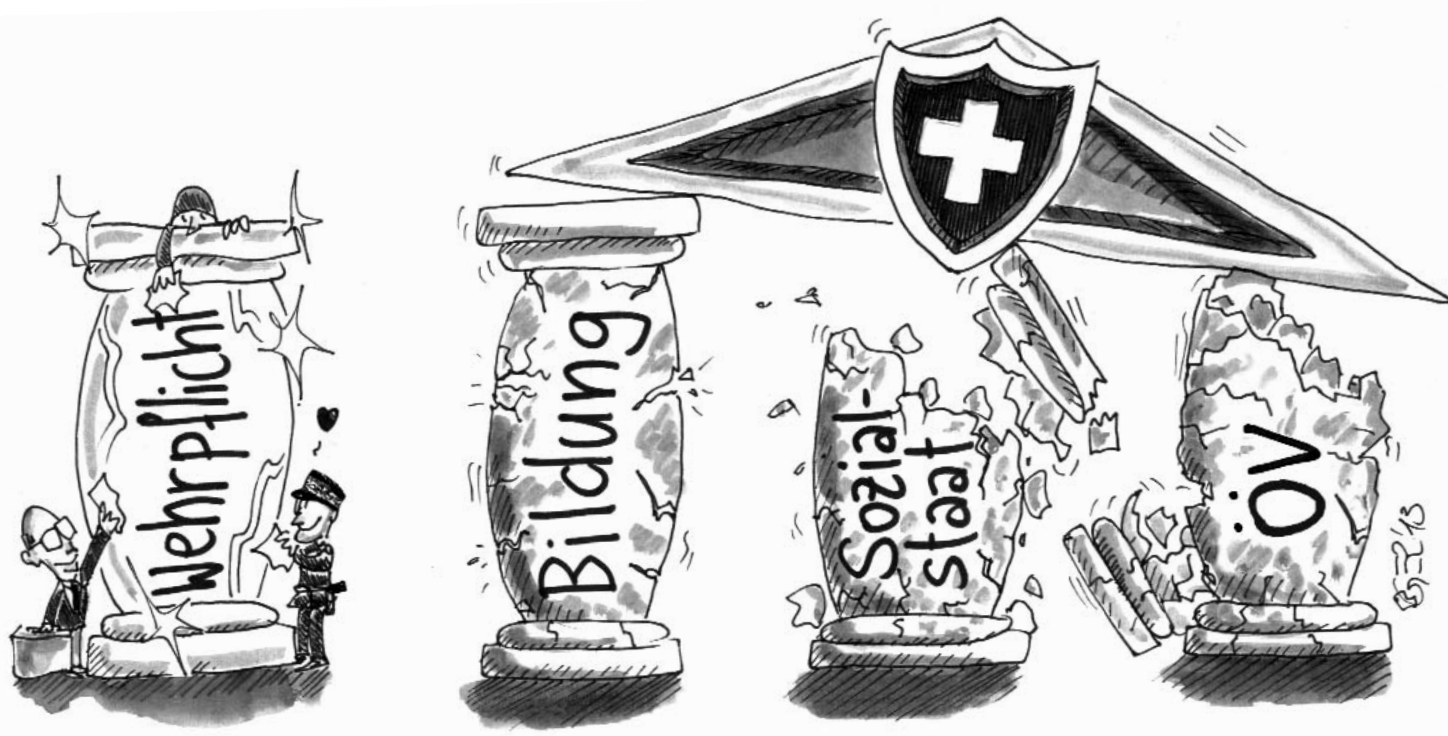
Freiwilliger Zivildienst

Sicherheit bedeutet nicht militärische Sicherheit. Sicherheit meint vor allem auch soziale Sicherheit, und diese würde durch einen freiwilligen Zivildienst besser gewährleistet als durch den Militärzwang. Die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht sieht deshalb einen freiwilligen Zivildienst vor. Ein geöffneter Zivildienst für alle würde es auch Frauen und älteren Menschen ermöglichen, einen Einsatz zu leisten. Zudem könnten sich auch Männer dafür entscheiden, die es bei den momentanen Vorgaben nicht mit ihrer beruflichen oder finanziellen Situation vereinbaren können, Zivildienst zu leisten. Letzen Monat erschien in der deutschen «Zeit» ein Artikel, der zeigt, dass das freiwillige Engagement in der Bevölkerung nicht abnimmt und der Zulauf zum Bundesfreiwilligendienst, wie der neue freiwillige Zivildienst in Deutschland heisst, gross ist. Ein solcher Zivildienst hätte auch in der Schweiz Erfolg. Hier wäre die Zeit vieler Menschen besser investiert als im Militär.

Die Abstimmung naht

Der 22. September rückt unaufhaltbar näher. Für die GSoA bedeutet das einen intensiven Sommer, um optimal auf den Abstimmungskampf vorbereitet zu sein. So findet am 29./30. Juni das Fitamin statt (siehe Einladung Seite 2). Daneben organisieren wir regelmässige Treffen, an denen wir unsere Aktionen zur Kampagne planen. Wichtigstes Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu motivieren, sich für unser Anliegen einzusetzen und noch mehr Menschen an die Urne zu bringen.

Denn die GSoA lebt von ihren AktivistInnen, ihre finanziellen Ressourcen sind seit jeher klein. Wir brauchen die Hilfe von allen unseren Mitgliedern und SympathisantInnen. Wir brauchen Geld und helfende Hände, die Flyer verteilen, Plakate aufhängen, das Sujet auf Facebook verbreiten und Leute überzeugen! Nur so können wir eindrücklich beweisen, dass wir keine Lust haben, Zeit im Militär zu verbringen. Denn nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen.



GEGENSEITE

Das Stimmvolk für dumm verkaufen

Die GegnerInnen der Wehrpflichtinitiative setzen voll auf das Thema Katastrophenschutz und bedienen sich dabei auch sehr zweifelhafter Argumente. Von Remo Ziegler

Der Kampf gegen die Volksinitiative kommt für deren GegnerInnen offenbar erst an zweiter Stelle. Sie sind sich der Ablehnung der Initiative anscheinend so sicher, dass sie für ihren Webaufruf eine versteckte Hauptbotschaft gewählt haben. Diese Botschaft ist ebenso falsch wie perfid: Die Schweizer Blaulichtorganisationen, vor allem Feuerwehr und Polizei, seien allesamt am Anschlag. Es brauche dringend mehr zivile Einsätze der Armee, um die Polizei und den zivilen Katastrophenschutz zu unterstützen. Nach der Logik des Gegenkomitees geht das natürlich nur, wenn die Armee weiterhin absurd gross und auch weiterhin nach dem Wehrpflichtprinzip organisiert ist. Die Initiative der GSoA wird benutzt, um Herr und Frau Schweizer sanft auf die Armee als Polizeiersatz vorzubereiten.

Kaum reale Katastrophenschutz-Einsätze

Auf der ganzen Website sind fast nur tolle Bilder der Armee als Freund und Helfer der Blaulichtorganisationen zu sehen. Suggestiert wird, dass wenn die Wehrpflicht abgeschafft würde, es plötzlich keinen Zivilschutz mehr gäbe und keine Helikopter mehr, die beim Löschen von Waldbränden helfen könnten. Sogar der Zivildienst sei gefährdet, der gehöre ja auch zum Sicherheitsverbund der Schweiz.

Unsere GegnerInnen versuchen einmal mehr, das Märchen der Armee als Sicherheitsreserve unter die Leute zu bringen. Die Realität ist eine andere: Gerade einmal 0,06 Prozent aller Dienstage entfielen 2011 auf den Katastrophenschutz. Die ArmeefreundInnen würden sich freuen, wenn die Armee immer mehr zivile Einsätze leisten könnte und sich damit vor dem Steuerzahler legitimieren könnte. Durch den Wegfall des Botschaftsschutzes wird diese Problematik aus ihrer Sicht noch drängender. Die GegnerInnen der Initiative verkaufen die

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für dumm, indem sie behaupten, die Schweiz sei nach der Annahme der Initiative schutzlos allen Naturgewalten ausgeliefert. Auch ArmeefreundInnen geben hinter vorgehaltener Hand zu, dass die Sicherheit steigen würde, wenn die Schweiz ein Milizkatastrophenschutzcorps wie das Technische Hilfswerk in Deutschland einführen würde.

Überflüssige Üetliberg-Übung

Die Strategie der GegnerInnen beschränkt sich nicht auf ihre Website: Landauf und landab finden gegenwärtig auffallend viele Katastrophenschutzübungen der Armee statt. Mal bricht eine imaginäre Krankheit aus, dann kommt es am Üetliberg in Zürich zu einem Waldbrand. Ein Anruf bei Schutz und Rettung in Zürich schafft Klarheit: Die Pressesprecherin kann sich nicht erinnern, dass es am Üetliberg je gebrannt hätte. Sie versichert aber, dass die Berufsfeuerwehr Zürich ein solches Ereignis sehr gut alleine bewältigen könnte.

GRIPEN

Eine Lösung ohne Problem

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat das Geschäft rund um den Gripen auf den Herbst vertagt. Nach den widersprüchlichen Ständeratsabstimmungen im März scheinen selbst die Sachverständigen die Übersicht verloren zu haben. Von Daniela Fischer

In der Frühlingssession behandelte der Ständerat als Erstrat die Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen und das dazugehörige Fondsgesetz. Dem Kauf stimmte der Ständerat grundsätzlich zu. Der dafür notwendige Verpflichtungskredit in der Höhe von 3,126 Milliarden Franken scheiterte jedoch an der Ausgabenbremse. Diese kann bei Kosten von über 20 Millionen Franken nur mit einem qualifizierten Mehr von 24 Ja-Stimmen für den Kaufentscheid gelöst werden. Im letzten März stimmten allerdings nur 23 Ständeräte für den Kredit – zumindest wurden 23 Stimmen gezählt. 19 waren dagegen und jemand enthielt sich. Eine Stimme fehlte also für das qualifizierte Mehr. Dies bedeutet ein vorläufiges Nein zum Gripen, denn falls der Ständerat die Situation nicht bereinigt, wird die ganze Diskussion um neue Kampfflugzeuge hinfällig, weil sie ganz einfach nicht finanziert sind. VBS-Chef Ueli Maurer dürfte vor allem zu denken geben, dass sich im Ständerat sogar bürgerliche PolitikerInnen gegen das Kampfflugzeug stellten.

Auch im Nationalrat klemmt's

Nach diesem ständerätlichen Debakel war geplant, dass der Nationalrat im Sommer über das Geschäft abstimmt und die beiden Räte im Anschluss die Differenzen bereinigen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) schob einem solch zügigen Fortschreiten allerdings einen Riegel. Nachdem die Finanzkommission des Nationalrats den Gripen und seine Beschaffung durchgewunken hatte, entschied die SiK-N das Geschäft zu sistieren und erst im August weiter darüber zu beraten. Die Kommissionsmitglieder zweifelten die Sicherheiten für eine fristgerechte Lieferung der Jets an. Diese seien im Vertrag mit Schweden noch unzureichend geregelt. Ein weiterer Punkt, den es noch zu klären gelte, seien die Offset-Geschäfte. Zurzeit werde die Westschweiz zu wenig in die Gegengeschäfte miteinbezogen. Während die Mehrheit der SiK-N grundsätzlich eine Beschaffung der Gripen befürwortete, könnte sich dies in der nächsten Session ändern, wenn die Antworten auf die offenen Fragen nicht zufriedenstellend ausfallen.

Referendum steht bevor

Im Parlament herrscht offensichtlich grosse Unsicherheit, was den Gripen betrifft. Anders lässt sich das nun schon mehrere Jahre andauernde Hin und Her nicht erklären. Für die GSoA und alle KampfjetgegnerInnen spielt es

indes keine Rolle, ob der Gripen von Saab das «richtige» Flugzeug für die Schweizer Armee wäre, oder ob nicht etwa ein anderes geeigneter wäre. Der Kauf eines neuen Flugzeuges stellt keine Typenfrage dar, denn die Grundsatzfrage lautet: Braucht die Schweiz neue Flugzeuge oder nicht?

Alle wissen, dass der Luftraum gegenwärtig gut genug überwacht ist, und die heutigen F/A-18 noch auf Jahrzehnte hinaus diese Aufgabe erfüllen können. Das Argument mit den zukünftigen Bedrohungen ist fadenscheinig. Es ist unrealistisch, dass die Gefahren für die Schweiz

in zwanzig oder dreissig Jahren aus der Luft kommen.

Leider ist nicht davon auszugehen, dass das Parlament seine Meinung völlig ändern und von einer Beschaffung neuer Spielzeuge für die Armee absehen wird. Sei es nun im Herbst oder im Winter – die Entscheidung wird schlussendlich doch zu Gunsten des Gripen ausfallen. Die GSoA und die verbündeten KampfjetgegnerInnen werden dann auf der Strasse stehen und gemeinsam die 50'000 Unterschriften für das fakultative Referendum sammeln, damit das Volk über das Geschäft entscheiden kann.



ARMEE-BUDGET

Das Maurer-Theater

Ueli Maurer will jährlich fünf Milliarden Franken für die Armee ausgeben. Das ist viel Geld – sehr viel Geld. Die Strategie, die er gewählt hat, um die Budgeterhöhung als notwendig erscheinen zu lassen, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Er inszeniert Theater. Von Martin Parpan

Beginnen wir mit den Fakten: Das Masseneheer der Schweizer Armee zählte im Jahre 1990 noch über 600'000 Soldaten. Mit dem Fall der Mauer und der ersten Armeeabschaffungsinitiative von 1989 wurde auch im Militärdepartement klar, dass sich der Widerstand gegen die Armee nur dann auf einem erträglichen Niveau stabilisieren lässt, wenn das Militär die Bestände drastisch reduziert. Schliesslich kam der Widerstand gegen die Armee nicht mehr nur aus der Linken, die Armee hatte auch in Wirtschaftskreisen ihren Nimbus als Kaderschmiede verloren und manch ein Unternehmen erachtete es nur noch als lästig, dass die Armee jedes Jahr wertvolle Mitarbeiter aus den Betrieben für sinnlose Kasernenübungen abzog.

Seit 1989 befindet sich die Armee in einem permanenten Rechtfertigungszwang und durchlebt eine noch nie dagewesene Sinnkrise.

Das Resultat dieser Entwicklung ist ein heute deutlich reduziertes Masseneheer von 100'000 Soldaten. Der Sollbestand wurde somit gegenüber 1990 auf einen Sechstel reduziert. Anders verhält es sich allerdings bei den Ausgaben. Die Armee verschlingt heute nahezu denselben gigantischen Betrag wie 1990. Dies führt dazu, dass VBS-Bundesräte immer wieder vor derselben Herausforderung stehen: Wie kann man den Steuerzahler in Zeiten des Sparens überzeugen, jährlich vier bis fünf Milliarden Franken in eine sinnsuchende Armee fliessen zu lassen?

Das inszenierte Grounding

Auch in Ueli Maurers Pflichtenheft nimmt der «Budgetkampf» deshalb eine zentrale Rolle ein. Auffallend ist, dass er diesen Kampf in einer sehr durchsichtigen Art und Weise führt. Ein Beispiel ist Maurers Ankündigung, dass er die Patrouille Suisse abschaffen müsse. Es war zum Vornherein absehbar, was für Reaktionen

sich mit diesem inszenierten Theater provozieren lassen. Die Leserbriefspalten und Internet-Foren waren gefüllt mit Beiträgen, die den Untergang der Schweiz nahen sahen. Die Rechte im Parlament spielte ihre Statistenrolle wie gewünscht und sprach von Identifikationsverlust für das ganze Land und von Schweizer Tugenden, die verloren gehen würden. Maurer schwieg. Schliesslich hatte er erreicht, was er wollte. Er hatte den Eindruck vermittelt, dass sein VBS dermassen unter Spardruck stehe, dass selbst die Patrouille Suisse gefährdet sei. Dass die Abschaffungspläne kurz danach wieder in der Schublade verschwanden, war von Beginn an Teil des Drehbuchs. Das Maurer-Theater namens «Patrouille Suisse Grounding» war zu Ende. Der Vorhang wurde geschlossen. Die Militärköpfe an den Stammtischen atmeten auf.

Kein Theater – sondern Fakten

Ueli Maurer durfte sich allerdings nicht allzu lange freuen über seine geglückte Theaterinszenierung. Kurz darauf veröffentlichte die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) ihren

Bericht über die Buchhaltung im VBS. Die EFK stellte fest, dass das Militärdepartement Belege nicht prüft, Material teurer einkauft als notwendig, dass der Überblick über die Auslastung der VBS-Immobilien fehlt und somit auch keine Aussage über Sparpotential möglich ist. Kurzum: Das VBS hat seine Geschäfte nicht im Griff.

Fazit: Wer sich mit den Finanzen des VBS seriös auseinandersetzt, der sollte stets unterscheiden, ob Ueli Maurer gerade ein Theater inszeniert oder ob es um Fakten geht. Dies gilt auch für die kürzlich angekündigten «radikalen Sparpläne». Waffenplätze und Militärspitäler sollen geschlossen werden, Panzer und Flugabwehrsysteme sollen verschrottet werden. Sollte dem so sein, ist dies selbstverständlich zu begrüssen. Es mutet allerdings seltsam an, dass Maurer trotz diesen «Sparplänen» mit demselben Budget wie heute rechnet. Das VBS wird jedenfalls weiterhin Steuergelder auf unverantwortbare Art und Weise vernichten. Daran ändert auch das nächste Maurer-Theater nichts.

ABSTIMMUNG

Nein zur Aushöhlung des Asylgesetzes!

Am 9. Juni ist es wieder einmal so weit: Diejenigen von uns, die den Schweizer Pass besitzen, stimmen über eine neuerliche Revision, sprich, eine weitere Aushöhlung des Asylrechts ab. Was als Missbrauchsbekämpfung daherkommt, zielt in Wahrheit direkt auf die Rechte politischer Flüchtlinge. Von Andreas Cassee

Lange hat die Rechte in diesem Land vorgegeben, nichts gegen sogenannte «richtige» Flüchtlinge zu haben, man wolle bloss den «Missbrauch» des Asylwesens durch sogenannte «falsche» Wirtschaftsflüchtlinge bekämpfen. Das war von Anfang an ein falsches Spiel. Doch spätestens mit der neuesten Verschärfung sollte allen klar geworden sein, dass es SVP und Konsorten in Wahrheit sehr wohl um politisch Verfolgte geht.

Mit dem Botschaftsverfahren soll nämlich ausgerechnet der Weg zum Asyl abgeschafft werden, bei dem es den viel beschworenen «Missbrauch» gar nie gegeben hat. 96 Prozent der GesuchstellerInnen, die im Rahmen eines Botschaftsverfahrens in die Schweiz eingereist sind, wurden als schutzwürdig eingestuft. Die Bürgerlichen wollen nun also, dass diese schutzwürdigen Personen kein Asyl mehr erhalten. Klarer kann man seine Verachtung für die Rechte politisch Verfolgter fast nicht mehr ausdrücken.

Verschärfungsspirale

Sagen wir also offen, was die ewigen Verschärfer wollen: Sie wollen nicht den Missbrauch, sondern den Gebrauch des Asylrechts bekämpfen. Sie wollen, dass an Leib und Leben bedrohte Menschen bleiben, wo sie sind, statt bei uns Asyl zu ersuchen. Und um dies zu erreichen, wollen die Verschärfer dieses Land für Schutzsuchende so unattraktiv machen, dass irgendwann niemand mehr bei uns Schutz sucht. Das Problem ist nur, dass Flüchtlinge natürlich ohnehin keine besonders attraktiven Optionen haben. Und deshalb wird immer weiter an der Verschärfungsspirale gedreht. Ihr habt im Herkunftsland kein menschenwürdiges Leben? Dann sorgen wir dafür, dass es euch hier in der Schweiz nicht besser geht! Euch droht im Herkunftsland Lagerhaft? Dann stecken wir euch eben auch in Lager, wenn ihr in die Schweiz kommt!

«Ängste in der Bevölkerung»

Zur Rechtfertigung dieser menschenverachtenden Politik wird jeweils angeführt, man müsse halt die «Ängste in der Bevölkerung» ernst nehmen. Das sollten wir zweifellos tun. Doch Ängste ernst zu nehmen, heisst nicht, sie für bare Münze zu nehmen oder gar weiter zu schüren. Und die Schweiz kommt mir je länger je mehr vor wie eine psychiatrische Klinik, in der Verfolgungswahn «therapiert» wird, indem

man den PatientInnen bewaffneten Schutz vor ihren vermeintlichen Verfolgern gewährt. Der Therapieerfolg ist natürlich zweifelhaft: Immer schärfere Repressalien gegen Flüchtlinge bestätigen bloss den Eindruck in Teilen der Bevölkerung, dass von Asylsuchenden offenbar eine riesige Gefahr ausgehen muss. Aber an einer erfolgreichen Therapie sind diejenigen, die politisch von der Bewirtschaftung dieser Ängste leben, natürlich gar nicht interessiert. Oft wird die unmenschliche Asylpolitik auch damit gerechtfertigt, dass es sich bei den Betroffenen ja mehrheitlich um «gesunde junge Männer» handle. Dazu möchte ich gerne mal zwei Dinge loswerden: Erstens finde ich in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nirgends eine Ausnahmeklausel für diese Personengruppe: Die Menschenrechte gelten also auch für Menschen, die gesund, jung und männlich sind!

Und zweitens sind es natürlich gerade die Asylverschärfer selbst, die dafür sorgen, dass vor allem junge, gesunde und männliche Schutzsuchende überhaupt noch eine Chance haben, in der Schweiz Asyl zu erhalten. Genau diese Wirkung hat nämlich die Abschaffung des Botschaftsverfahrens: Man reist die letzte Brücke ein, über die Schutzsuchende in die Schweiz gelangen, welche die gefährliche irreguläre Reise nach Europa nicht überstehen würden. Und dann beklagt man sich, dass übers

Mittelmeer, diesen Burggraben der Festung Europa, vornehmlich junge Männer zu uns kommen.

Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern und Deserteurinnen!

Eine Gruppe junger Menschen steht ganz besonders im Visier der Asylverschärfer, nämlich die Kriegsdienstverweigerer und Deserteurinnen. Sie werden als Drückeberger und Scheinflüchtlinge diffamiert. Dabei gibt es kaum etwas, was so vorbehaltlos als mutig bezeichnet werden kann wie der Entscheid, einem Unrechtsregime den Kriegsdienst zu verweigern. Die Menschen, die diesen Weg gehen, nehmen ein erhebliches persönliches Risiko in Kauf, um sich nicht an Gewalttaten beteiligen zu müssen. Sie sind keine Scheinflüchtlinge, sondern Heldinnen und Helden!

Ich möchte deshalb alle GSoA-Mitglieder dazu aufrufen, am 9. Juni ein Nein in die Urne zu legen. Ein Nein zur Politik der Angst, ein Nein zur Politik des Hasses und ein lautes Nein zum Nationalismus, der schon mehr als genug Leid über die Menschheit gebracht hat.

Dieser Text basiert auf einer Rede anlässlich des Ostermarsches vom 1. April 2013 in Bern. Eine gekürzte Version ist im SOSF-Bulletin erschienen.



NICHT!

Unsere Politik lässt Menschen untergehen

ICH STIMME **NEIN**
AM 9. JUNI
GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG
DES ASYLGESETZES

WWW.ASYL.CH

Asylgesetzrevision: Das Wichtigste in Kürze

(asyl.ch/ac) Gerade mal 6 von 1'000 Menschen in der Schweiz sind Asylsuchende. Dennoch wird hysterisch vor einer «Überflutung» des Landes gewarnt, die es durch immer neue Verschärfungen zu bekämpfen gelte. Dies sind die wichtigsten Elemente der neuesten Revision des Asylgesetzes, die am 9. Juni zur Abstimmung kommt:

Abschaffung des Botschaftsverfahrens

Seit 1980 konnten Asylgesuche auf einer Schweizer Vertretung im Ausland gestellt werden. Dadurch haben 2'572 politisch verfolgte Menschen Schutz erhalten. Nun soll diese Möglichkeit abgeschafft werden. Flüchtlinge werden damit in die Hände von Schleppern getrieben, und noch mehr Menschen werden im Mittelmeer ihr Leben lassen müssen.

Kriegsdienstverweigerung als Asylausschlussgrund

Es ist ein zentrales humanitäres und friedenspolitisches Gebot, Menschen zu schützen, die autoritären Regimes den Kriegsdienst verweigern. Dieser Schutz soll in der Schweiz nun verwässert werden. Aufgrund der Gefahr, die ihnen im Herkunftsland droht, werden Kriegsdienstverweigerer und Deserteurinnen beispielsweise aus Syrien oder Eritrea zwar auch in Zukunft nicht weggewiesen werden. Sie werden in der Schweiz bleiben – jedoch mit einem prekären Status, der ihre Integration erschwert.

«Besondere Zentren»

Es ist inakzeptabel und willkürlich, Asylsuchende, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, in besondere Zentren zu schicken, wo sie unter haftähnlichen Bedingungen leben müssen. Das Asylgesetz ist kein Ersatz für das Strafrecht – es soll schützen, nicht strafen. Diese neue Willkür gegenüber Asylsuchenden führt zu einer massiven Rechtsungleichheit.

Aushöhlung der Gesetzgebungsverantwortung

Der Bundesrat erhält einen Freipass für «Testphasen im Asylverfahren» für die nächsten drei Jahre. Das Parlament gibt dadurch ein grosses Stück seiner Gesetzgebungsverantwortung ab und das Volk wird seiner direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten beraubt. Im Rahmen dieser Testphase hat der Bundesrat die Beschwerdefristen gegen asylrechtliche Entscheide bereits auf 10 Tage beschränkt.

Deshalb: NEIN am 9. Juni!

Weitere Informationen: www.asyl.ch

SCHUTZ VOR WAFFENGEWALT

Kaum Fortschritte

Vor etwas mehr als zwei Jahren stimmten die SchweizerInnen über die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Was ist seither in diesem Bereich geschehen? Von Daniela Fischer

Bundesrat und Parlament gaben sich damals überzeugt, dass die Gesetzgebung zum Schutz der Bevölkerung vor dem Missbrauch von Waffen hinreichend sei. Also empfahlen sie der Bevölkerung ein Nein zur Initiative einzulegen. Das Stimmvolk beherzigte diese Aufforderung und lehnte die Initiative ab.

Die GSoA wünschte sich, dass das Thema auch nach der Abstimmung aktuell bleiben und gesetzliche Verschärfungen in Bezug auf Waffenbesitz und -gebrauch folgen würden. Seither sind jedoch nur kosmetische Veränderungen auszumachen, und nach wie vor kommt es zu Unfällen und Delikten mit Armee- und sonstigen Feuerwaffen.

Gewaltdelikte mit Schusswaffen

Aus der polizeilichen Kriminalstatistik von 2011 geht hervor, dass allein in jenem Jahr 45 Tötungsdelikte und dreizehn schwere Körperverletzungen mit einer Schusswaffe verübt wurden. In wie vielen Fällen es sich um eine Armeewaffe handelte, ist nicht ersichtlich. Es gibt keine Statistik, die solche Zahlen ausweist. In den Zeitungen ist immer wieder von Schiessereien zu lesen. Seit der Abstimmung vom Februar 2011 gab es mindestens fünf Verletzte und ebenso viele Tote durch Militärwaffen. Diese Fälle stellen allerdings nur Beispiele dar, da lange nicht jedes mit einer Armeewaffe begangene Delikt von den Medien aufgenommen wird und so an die Öffentlichkeit dringt.

Eine mangelhafte Plattform

Bis heute ist nur ein Bruchteil aller Waffen überhaupt registriert. Es existiert kein zentrales Waffenregister und Armeewaffen dürfen noch immer zu Hause gelagert werden. Allerdings können sie auf Wunsch des Besitzers auch im Zeughaus deponiert werden. So lautet die ernüchternde Bilanz zwei Jahre nach der Waffenschutz-Initiative.

Zwar wurde kurz nach der Abstimmung im Februar 2011 die Waffeninformationsplattform ARMADA aufgeschaltet. In den darin integrierten Datenbanken sind allerdings lediglich Informationen darüber enthalten, wem eine Waffe verweigert oder entzogen wurde. Zugriff haben die kantonalen Polizeibehörden, die Waffenbüros und seit etwas mehr als einem halben Jahr auch die Armee. Da die einzelnen Behörden nicht aktiv über neue Einträge in diesen Datenbanken informiert werden, ist es aber möglich, dass ein Soldat seine Armeewaffe mit nach Hause nehmen kann, während ihm seine privaten Waffen entzogen wurden.

Diesen Umstand bemängelte der Bundesrat in einem Bericht über den Missbrauch von Waffen und schlug deshalb vor, dass zivile und militärische Behörden künftig über Waffenentzug und -verweigerung der jeweils anderen Behörde aktiv informiert werden sollten.

Schleppende Anpassungen

Im selben Bericht vom September 2012 ist nachzulesen, dass eine Harmonisierung der kantonalen Waffenregister – was nicht gleichbedeutend mit einem zentralen Waffenregister ist – dieses Jahr gelingen soll. Nächstes Jahr soll ARMADA dann zu einer umfassenden Prozessplattform ausgebaut werden. Ab diesem Zeitpunkt sollte es möglich sein, in den kanto-



nalen Waffenregistern Online-Suchabfragen durchzuführen.

Diese Entwicklungen sind vollkommen ungenügend. Seit zwei Jahren wird von einer Harmonisierung der kantonalen Waffenregister gesprochen, und noch immer ist sie nicht realisiert. Dabei wäre dies doch das Mindeste. Was wir damals verlangten und heute noch immer fordern, ist das konsequente Einsammeln von Waffen und zwar landesweit. Wir fragen uns, wie viele Unglücke noch passieren müssen, damit etwas grundlegend verändert wird, und hoffen gleichzeitig, dass sie ausbleiben werden.

SÜDKOREA

Waffenexporte trotz Kriegszustand

Seit Jahrzehnten stehen Schweizer Gelbmützen an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea. Die zwei Staaten befinden sich noch immer im Krieg. Die Schweizer Soldaten sollen einen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Seit einigen Jahren liefert die Schweiz aber auch Kriegsmaterial an Südkorea, was neutralitätspolitisch bedenklich ist. Von Adi Feller

Die koreanische Halbinsel war einer der heissen Schauplätze des Kalten Krieges, seit 1945 ist sie geteilt. Ein nordkoreanischer Angriff führte 1950 zur Eroberung fast des ganzen Südens. Darauf beschloss die Uno eine militärische Intervention unter Leitung der USA, welche wiederum bis an die chinesische Grenze vorrückten. Schliesslich griff China ein und rückte bis zum 38. Breitengrad vor, was die Wiederherstellung des Status Quo bedeutete. Es folgten zwei Jahre Stellungskrieg. Seit 1953 herrscht eine gespannte Waffenruhe, immer wieder unterbrochen von Zwischenfällen. Militärische Provokationen gibt es regelmässig.

Der drei Jahre lang blutig geführte Krieg forderte mehrere hunderttausend tote Soldaten (140'000 Südkoreaner und 40'000 Uno-Soldaten, grösstenteils US-Amerikaner, 350'000 - 750'000 Nordkoreaner und Chinesen) sowie zweieinhalb Millionen Opfer in der Zivilbevölkerung (davon eine Million in Südkorea und eineinhalb Millionen in Nordkorea).

Die Lösung des Konfliktes ist niemals über den damals geschlossenen Waffenstillstand hinausgekommen, die beiden Länder befinden sich offiziell noch immer im Kriegszustand. Damit sind Kriegsmateriallieferungen (egal in welcher Grössenordnung) neutralitätsrechtlich für die Schweiz ein Problem. Denn mit dem Beitritt zur Haager Landkriegsordnung von 1907 und ihren wiederholten Neutralitätserklärungen hat sich die Schweiz verpflichtet, keine Kriegspartei einseitig mit Kriegsmaterial zu beliefern. Also beliefert sie entweder beide Seiten im gleichen Ausmass oder gar nicht. In Anbetracht der Uno-Sanktionen gegen Nordkorea, denen sich auch die Schweiz angeschlossen hat, müsste sie konsequenterweise auf Kriegsmateriallieferungen an Südkorea verzichten.

Ansteigende Kriegsmaterialexporte in den letzten Jahren

Von 1945 bis 1999 exportierte die Schweiz kein Kriegsmaterial an die beiden Korea. Erst ab dem Jahr 2000 begann die Schweiz in sehr geringem Masse mit dem Export von Kriegsmaterial nach Südkorea. In der Grössenordnung von maximal 40'000 Franken pro Jahr gingen diese Exporte bis 2006 weiter. Der Bundesrat begründete die Waffenlieferungen an Südkorea mit Verweis auf die Waffenlieferungen anderer europäischer Länder, insbesondere zeigte er auf Schweden. Im Jahr 2007 waren die Waffenexporte auf einen Wert von einer Million Franken angestiegen, im darauf folgenden Jahr gar auf vier Millionen. Schliesslich beschloss der Bundesrat im März 2009 sogar explizit, Waffenexporte nach Südkorea grundsätzlich zu erlauben – trotz dem Druck der GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten und trotz dem gleichzeitig erlassenen Verbot von Waffenlieferungen nach Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan. 2009 wurde wieder für zwei Millionen Franken nach Südkorea exportiert. Seither haben sich die jährlichen Exporte

bei etwa einer Million Franken eingependelt. Bei den exportierten Waffen handelt es sich gemäss Statistik um Grosskaliberwaffen oder deren Munition, sowie um Bomben, Torpedos, Raketen oder ähnliches.

Die vom Bundesrat einmal bewilligten Exporte sind ausgeliefert und werden trotz aktueller Eskalationsgefahr wohl nicht wieder eingeschränkt. Sollten in naher Zukunft grössere Lieferanfragen aus Südkorea eintreffen (was insbesondere Rheinmetall Air Defence betreffen könnte), würden diese Lieferung wahrscheinlich diskussionslos bewilligt. Dieses Verhalten dürfte für die Wahrnehmung der Neutralität der Schweiz in diesem Konflikt nicht eben förderlich sein und könnte insbesondere auch die Schweizerischen Militärbeobachter vor Ort in Gefahr bringen.

EUROPEAN NETWORK AGAINST ARMS TRADE

Gemeinsam gegen den Waffenhandel

Seit 1984 existiert das European Network Against Arms Trade (ENAAT) als Zusammenschluss diverser europäischer Organisationen, die sich mit der Kontrolle und der Verhinderung von Waffenexporten befassen. Genau wie sich die Rüstungsindustrie immer stärker international vernetzt, tut dies auch der Widerstand dagegen.

Von Adi Feller

Jährliche Treffen sind das Rückgrat von ENAAT. Dort aufgebaute Kontakte bilden neben Mailinglisten die Grundlage für einen regelmässigen Austausch zwischen den verschiedenen Ländern. An den Treffen des ENAAT beteiligt sind neben der GSoA Organisationen aus Grossbritannien, Holland, Belgien, Italien, Schweden, Deutschland, Finnland, Spanien, Tschechien, der Slowakei und Norwegen, aber auch internationale Organisationen wie die War Resisters' International (WRI).

Informationsaustausch und nationale Schwerpunkte

Die unterschiedlichen lokalen Kampagnen und Schwerpunkte der einzelnen Organisationen stehen im Zentrum des äusserst lehrreichen Austausches. Aber auch die verschiedenen heuchlerischen Argumente der Regierungen und ihre Wege zur Umgehung der bestehenden nationalen und internationalen Richtlinien zum Waffenexport werden thematisiert. Als Beispiel sei Grossbritannien genannt, das eine ausgesprochen starke staatliche Förderung von Waffenexporten kennt: Dort ist eine ganze Abteilung von 200 Personen damit beschäftigt, aktiv privatwirtschaftliche Kriegsmaterial-Exporte zu fördern. Im Gegenzug ist dafür die Transparenz über die bewilligten Ausfuhren weit besser als zum Beispiel in der Schweiz.

Auch die Erfolge einzelner Organisationen sind immer wieder motivierende Beispiele für andere AktivistInnen. Beispielsweise hat die englische Campaign Against Arms Trade (CAAT) 2012 den alternativen Friedensnobelpreis erhalten. Erstaunlich sind auch die nach jahrelangem Ringen erfolgreich abgeschlossenen Gerichtsprozesse der holländischen Campagne tegen Wapenhandel. Sie führten zur Herausgabe von Laufmetern an Dokumenten der staatlichen Kontrollbehörden zur Aus- und Durchführung von Waffen. Die Auswertung dieser Dokumente führte zu einer besseren Nachverfolgbarkeit vieler Waffenexporte aus verschiedensten europäischen Ländern und ermöglichte die Aufdeckung bisher unbekannter Exportskandale. Ein weiteres gutes Beispiel für den internationalen Austausch bietet die «war starts here»-Kampa-

gne, die ursprünglich von der belgischen Vredesactie lanciert wurde, sich aber auch durch Kontakte innerhalb des ENAAT unterdessen in vielen Ländern ausgebreitet hat. Ein Beispiel, an dem die GSoA direkt mitgearbeitet hat, ist die Gründung der Swedish-Swiss Alliance Against Fighter Jets, die sich länderübergreifend gegen die Produktion und den Kauf der schwedischen Gripen-Kampfflugzeuge engagiert.

Kontinuierliches Wachstum

In den letzten Jahren haben sich auch immer mehr Organisationen aus dem osteuropäischen Raum an den Treffen und dem Informationsaustausch beteiligt. Insbesondere in diesen Ländern ist der Kampf gegen die Waffenexporte hart, die mediale Öffentlichkeit ist noch weniger kritisch als in Westeuropa. Dazu gibt es teilwei-

se auch noch grosse Rüstungsfirmen, die aus der Sowjetzeit übrig sind und von staatlicher Seite ausserordentlich gefördert werden. Auch ist das Vorgehen staatlicher Organe repressiver als hierzulande, was aber die AktivistInnen nicht von ihrem Protest abhält. Denn gerade in diesen Ländern sind die forcierten Militärausgaben besonders einschneidend für die Staatshaushalte. Fest steht, dass das ENAAT-Netzwerk wächst und jede weitere Organisation dessen Wirksamkeit erhöht.

Die GSoA organisiert das diesjährige ENAAT-Treffen in Zürich. In diesem Rahmen findet am 14. Juni um 18:15 eine öffentliche Podiumsdiskussion an der Universität Zürich statt (siehe Kasten auf Seite 8)

Die Aktion Aufschrei protestiert vor dem Bundestag gegen deutsche Waffenexporte (Quelle: enaat.org)



ARMS TRADE TREATY

Vertrag mit Risiken und Nebenwirkungen

Als die Uno-Generalversammlung Anfangs April mit grosser Mehrheit den Waffenhandelsvertrag annahm, jubilierten nicht nur NGOs. Auch die Rüstungsindustrie erhofft sich viel vom Arms Trade Treaty. Die Zukunft wird zeigen, wer sich zu Recht freut.

Von Andreas Weibel

Die Twitter-Nachrichten von Michael Aron, einem hohen Beamten im britischen Aussenministerium, illustrieren exemplarisch, dass der Arms Trade Treaty (ATT) allein keine dubiosen Waffendeals verhindern wird. Kurz nachdem in New York der Vertrag angenommen war, schrieb Aron am Morgen des 2. April: «Fantastische Neuigkeiten! Die Uno verabschiedet den historischen Arms Trade Treaty!» Am Nachmittag desselben Tages berichtete er auf Twitter ebenso enthusiastisch von seinem Treffen mit dem libyschen Verteidigungsminister und dem Generalstabschef des nordafrikanischen Staates an Bord des britischen Kriegsschiffes HMS Kent. Das Thema: London möchte der libyschen Armee Kriegsmaterial für mehrere Milliarden verkaufen.

Kurz darauf teilte das Aussenministerium des Vereinigten Königreichs – in New York ein Verfechter des Vertrags – auch offiziell seine Sichtweise zum ATT mit: «Der Vertrag wird den legitimen Waffenhandel schützen: Der Vertrag anerkennt voll und ganz das Recht aller Staaten auf Selbstverteidigung und ihr legitimes Interesse an der Produktion, am Export und am Import von Waffen. Die neuen einheitlichen Standards werden die industrielle Zusammenarbeit voranbringen.»

Zu hohe Erwartungen

Die Rhetorik der britischen Regierung und anderer Staaten zeigt, dass der ATT die extrem hohen Erwartungen, die gewisse grosse NGOs hegen, kaum wird erfüllen können. Der Arms Trade Treaty ist voller Schlupflöcher und Kompromisse. Er wird höchstens die schlimmsten Auswüchse des internationalen Waffenhandels verhindern. Das Abkommen verbietet Rüstungsverkäufe nur dann, wenn ein Staat ein «überwiegendes» Risiko sieht, dass der Empfänger die Waffen für Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder für schwere Kriegsver-

brechen verwenden wird. Auch der Geltungsbereich des ATT ist sehr beschränkt: An nicht-staatliche Akteure kann man auch nach der Annahme des Arms Trade Treaty nach Belieben Waffen verkaufen, auch wenn man weiss, dass damit schwerste Verbrechen begangen werden. Für Munition gelten die Regeln des ATT bloss teilweise, und zusätzlich sieht das Übereinkommen nur Einschränkungen bei Verkäufen von Kriegsmaterial vor, aber nicht bei Schenkungen. Dennoch: Die Weltgemeinschaft hat mit dem Entscheid bewiesen, dass sie den Waffenhandel als ernsthafte Gefahr für den Frieden und die Menschenrechte betrachtet. Und in den Händen von mutigen Gerichten, AktivistInnen und fortschrittlichen Regierungen kann der Vertrag durchaus zu einem Instrument werden, um besonders skrupellosen Waffenhändlern und Rüstungsfirmen das Handwerk zu legen.

Die Arbeit beginnt erst jetzt

Der mexikanische Uno-Botschafter erklärte in seiner Rede nach der Annahme des ATT, dass «die grosse Arbeit erst jetzt» beginne. Die GSoA wird sich das zu Herzen nehmen.

Gemäss den neusten Zahlen des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI gehört die Schweiz weiterhin zu den zehn grössten Pro-Kopf-Exporteuren von Kriegsmaterial, und regelmässig landen Schweizer Waffen in den falschen Händen: Schweizer Handgranaten in den Arsenalen von syrischen Extremisten, Schweizer Munition im libyschen Bürgerkrieg, Schweizer Militärflugzeuge, die in Darfur Flüchtlingscamps bombardieren.

Derzeit lobbyiert die Rüstungsindustrie dafür, die Schweizer Kriegsmaterialgesetzgebung noch weiter zu verwässern. Sie wird versuchen, das Übereinkommen als Anlass zu nehmen, die Schweizer Regulierungen auf das Niveau dieses «internationalen Standards» zu drücken. Der Arms Trade Treaty ist für die GSoA ein Ansporn, endlich auch die Schweizer Kriegsmaterialexporte unter Kontrolle zu bringen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Schweizer Gesetzgebung endlich korrekt umgesetzt wird.

Mord: Eine vertretbare Meinung?

Die armeerfreundliche Gruppe Giardino weigerte sich lange, einen Kommentar auf ihrer Homepage zu löschen, der Bedauern darüber ausdrückte, dass GSoA-Vorstandsmitglied Jo Lang nicht vom Zuger Attentäter Fritz Leibacher erschossen wurde. Sie rechtfertigte dies als «legitime Meinungsäusserung».

Hermann Suter, Präsident der Gruppe Giardino, doppelte nach und liess verlauten, sie würden den Kommentar erst löschen, wenn ich mich für den Artikel: «Wehrpflicht-Keine zusätzliche Rambo-Gefahr» (GSoA-Zeitung 153) entschuldige. Diese Gleichsetzung ist beschämend und geschmacklos. Hier meine Antwort an Herrn Suter:

Liebe Gruppe Giardino

In der Wehrpflicht-Debatte im Dezember behauptete jeder zweite bürgerliche Nationalrat, dass sich für eine freiwillige Miliz nur «Freizeit-Rambos» oder gescheiterte Existenzen stellen würden. Gewagte Aussagen! Ich war überrascht und folgerte: Wer heute schon freiwillig Militärdienst leistet, indem er freiwillig weitermacht, muss wohl ebenfalls eine «gescheiterte Existenz» oder eben ein «Freizeit-Rambo» sein. Naiv wie ich junger Mann bin, übernahm ich die in der nationalrätlichen Debatte aus Ihren Kreisen so oft gehörte These. Gestärkt in der Überzeugung, dass der Militärzwang abgeschafft gehört, wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg beim Bekämpfen dieses beleidigenden Arguments, das Freiwillige mit «Rambos» gleichsetzt.

Armeefreie Grüsse
Nikolai Prawdzic

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden uns einiges Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**

The European Arms Industry - When Economic Interests Clash with Human Rights

**Podiumsgespräch
im Rahmen des European Network Against Arms Trade (ENAAT), mit**

- Wendela de Vries (NL), Campagne tegen Wapenhandel
- Ann Feltham (UK), Campaign Against Arms Trade, diesjährige Gewinner des alternativen Nobelpreises
- Jo Lang, GSoA
- Barbara Gysi, Nationalrätin SP

Wo? An der Universität Zürich (genauer Raum wird auf www.gsoa.ch bekanntgegeben)

Wann? 16. Juni, 18:15 Uhr

Das Podium wird teils in englischer, teils in deutscher Sprache abgehalten, eine Übersetzung wird organisiert.

Aktiv werden in Deiner Region

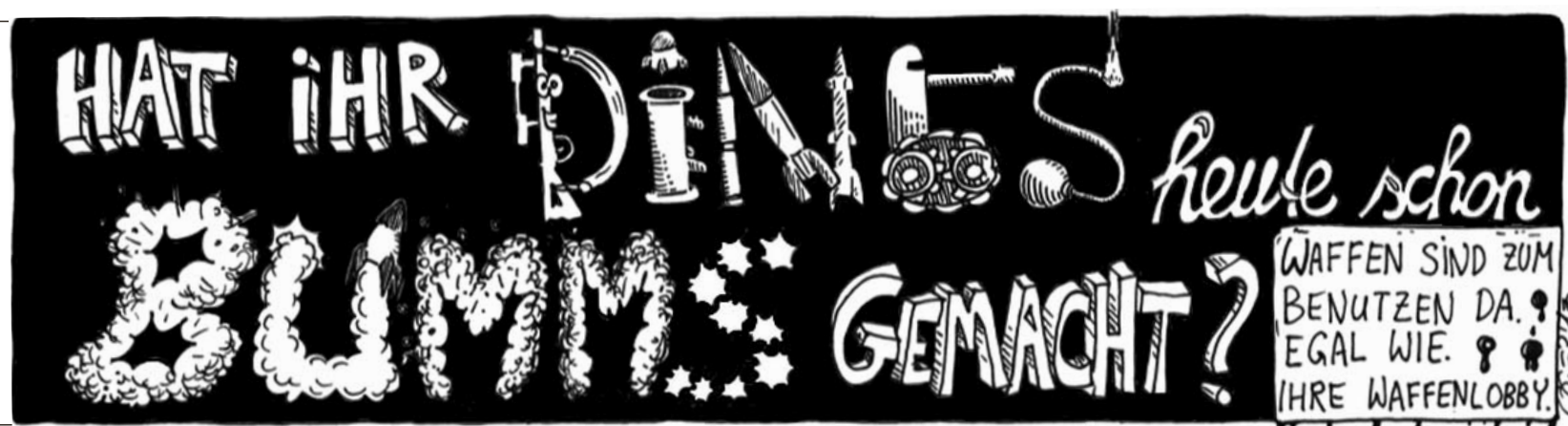
Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Aktuell bereiten wir uns auf die Abstimmung zur Wehrpflichtinitiative vor. Und ein Referendum oder eine Initiative zu den Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!

aargau@gsoa.ch
basel@gsoa.ch,
bern@gsoa.ch
fribourg@gsoa.ch
gssa@gssa.ch
graubuenden@gsoa.ch

luzern@gsoa.ch
solothurn@gsoa.ch
st.gallen@gsoa.ch
thurgau@gsoa.ch
winterthur@gsoa.ch
zuerich@gsoa.ch

GREGOR.

das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel.

E-Mail E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Tobias Estermann (te), Adi Feller (ad), Daniela Fischer (df), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.